

Beschlußempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Wirtschaft (9. Ausschuß)

zu dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P.
– Drucksache 13/2344 –

Den Mittelstand entlasten

zu dem Antrag der Abgeordneten Ernst Schwanhold, Dr. Uwe Jens,
Anke Fuchs (Köln), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 13/2363 –

Den Stillstand in der Mittelstandspolitik beenden – Anstöße zur Schaffung
von Arbeitsplätzen bei kleinen und mittleren Unternehmen der Industrie,
des Handwerks und der Freien Berufe geben

zu dem Antrag der Abgeordneten Margareta Wolf, Simone Probst, Christine Scheel
und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 13/2436 –

Kleine und mittlere Unternehmen stärken – Nachhaltiges Wirtschaften fördern

zu dem Antrag der Abgeordneten Wolfgang Bierstedt, Dr. Christa Luft
und der Gruppe der PDS
– Drucksache 13/2095 –

Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) der neuen Bundesländer
bei der Markteinführung neuer Produkte

A. Problem

Die Koalitionsfraktionen, die Fraktion der SPD und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstreichen in ihren Anträgen die Bedeutung des Mittelstands und der kleinen und mittleren Unternehmen für die volkswirtschaftliche Entwicklung und die Schaffung von Arbeitsplätzen. Der Antrag der Gruppe der PDS konzentriert sich auf den wirtschaftlichen Aufbau in den neuen Bundesländern.

B. Lösung

Annahme des Antrags der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P.
– Drucksache 13/2344 –.

Ablehnung der Anträge der Fraktion der SPD – Drucksache 13/2363 –, des Antrags der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 13/2436 – und des Antrags der Gruppe der PDS – Drucksache 13/2095 –.

Mehrheitsbeschluß**C. Alternativen**

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. – Drucksache 13/2344 – anzunehmen und im ersten Absatz dieses Antrags nach Satz 1 folgenden Satz einzufügen: „Auch gesellschaftspolitisch ist es wichtig, daß in der Wirtschaft eine möglichst große Zahl von selbständigen und eigenverantwortlich handelnden Persönlichkeiten tätig ist.“,
- b) die Anträge der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und den Antrag der Gruppe der PDS – Drucksachen 13/2363, 13/2436, 13/2095 – abzulehnen.

Bonn, den 22. November 1995

Der Ausschuß für Wirtschaft

Friedhelm Ost
Vorsitzender

Christian Müller (Zittau)
Berichterstatler

Bericht des Abgeordneten Christian Müller (Zittau)

I.

Der Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. – Drucksache 13/2344 – wurde in der 55. Sitzung des Deutschen Bundestages am 21. September 1995 an den Ausschuß für Wirtschaft zur federführenden Beratung sowie zur Mitberatung an den Rechtsausschuß, den Finanzausschuß, den Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung, den Ausschuß für Verkehr, den Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuß für Post und Telekommunikation, den Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, den Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung und den Ausschuß für Fremdenverkehr und Tourismus überwiesen.

Der Antrag der Fraktion der SPD – Drucksache 13/2363 – wurde in der 55. Sitzung des Deutschen Bundestages am 21. September 1995 an den Ausschuß für Wirtschaft zur federführenden Beratung sowie an den Finanzausschuß, den Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung, den Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung und den Ausschuß für Fremdenverkehr und Tourismus zur Mitberatung überwiesen.

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 13/2436 – wurde in der 58. Sitzung des Deutschen Bundestages am 28. September 1995 an den Ausschuß für Wirtschaft zur federführenden Beratung sowie an den Rechtsausschuß, den Finanzausschuß, den Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung, den Ausschuß für Verkehr, den Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuß für Post und Telekommunikation, den Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau und den Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung zur Mitberatung überwiesen. Der Ausschuß für Fremdenverkehr und Tourismus beteiligte sich gutachtlich an der Beratung der Vorlage.

Der Antrag der Gruppe der PDS – Drucksache 13/2095 – wurde in der 55. Sitzung des Deutschen Bundestages am 21. September 1995 an den Ausschuß für Wirtschaft zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung und den Haushaltsausschuß zur Mitberatung überwiesen.

II.

- a) Zum Antrag der CDU/CSU und F.D.P. – Drucksache 13/2344 – hat der Rechtsausschuß in seiner Sitzung am 25. Oktober 1995 einvernehmlich beschlossen, auf die Abgabe einer Stellungnahme zu verzichten.

Der Finanzausschuß hat in seiner Sitzung vom 11. Oktober 1995 dem federführenden Ausschuß mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abwesenheit der Gruppe der PDS empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung hat in seiner Sitzung am 25. Oktober 1995 mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS die Annahme des Antrags empfohlen.

Der Ausschuß für Verkehr hat dem federführenden Ausschuß für Wirtschaft mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen diejenigen der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe der PDS in seiner Sitzung vom 25. Oktober 1995 empfohlen, dem Plenum die Annahme des Antrages vorzuschlagen.

Der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat die Vorlage in seiner Sitzung am 22. November 1995 beraten und mehrheitlich angenommen.

Der Ausschuß für Post und Telekommunikation hat in seiner Sitzung vom 25. Oktober 1995 den Verzicht der antragstellenden Fraktionen auf Abstimmung der vorbezeichneten Vorlage wegen der bereits abgestimmten gesetzlichen Vorhaben im Zuständigkeitsbereich des Ausschusses zur Kenntnis genommen.

Der Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau hat dem federführenden Ausschuß mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS in seiner Sitzung am 25. Oktober 1995 empfohlen, den oben genannten Antrag mit der Maßgabe anzunehmen, daß in Absatz 6 der vierte Satz („Im Baubereich . . .“) folgende Fassung erhält:

„Ausgehend vom kostengünstigen Bauen stellt eine grundsätzliche Trennung von Planung und Ausführung im Baubereich und eine Leistungsbeschreibung mit Leistungsverzeichnis eine sachgerechte Lösung dar, wobei darauf gedrungen werden muß, Planung und Ausführung besser zu verknüpfen.“

Der Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung

zung hat in seiner Sitzung vom 11. Oktober 1995 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS bei Enthaltung einer Stimme der Fraktion der SPD zugestimmt.

Der Ausschuß für Fremdenverkehr und Tourismus hat in seiner Sitzung am 11. Oktober 1995 dem federführenden Ausschuß für Wirtschaft vorge schlagen, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. in folgender Fassung anzunehmen:

- a) Im ersten Absatz wird nach Satz 1 eingefügt:
„Auch gesellschaftspolitisch ist es wichtig, daß in der Wirtschaft eine möglichst große Zahl von selbständigen und eigenverantwortlich handelnden Persönlichkeiten tätig ist.“
- b) Absatz 5 Nr. 1 Satz 2 erhält folgende Fassung:
„Leitlinien dieser Politik müssen die Prinzipien der ökologischen und sozialen Marktwirtschaft sein.“

Der Beschluß wurde mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktion der CDU/CSU gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Abwesenheit des Mitglieds der Fraktion der F.D.P. und des Mitglieds der Gruppe der PDS gefaßt. Die Ergänzungen des Antrags unter a) und b) wurden mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktion der CDU/CSU gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung des Mitglieds der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abwesenheit des Mitglieds der Fraktion der F.D.P. und des Mitglieds der Gruppe der PDS angenommen.

- b) Zum Antrag der Abgeordneten Ernst Schwanhold, Dr. Uwe Jens, Anke Fuchs (Köln), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD – Drucksache 13/2363 – hat der Finanzausschuß in seiner Sitzung am 11. Oktober 1995 dem federführenden Ausschuß mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Abwesenheit der Gruppe der PDS empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung hat in seiner Sitzung am 25. Oktober 1995 mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der SPD, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS den Antrag abgelehnt.

Der Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung hat in seiner Sitzung vom 11. Oktober 1995 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS den Antrag abgelehnt.

Der Ausschuß für Fremdenverkehr und Tourismus hat in seiner Sitzung vom 11. Oktober 1995 mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktion der CDU/CSU gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Abwesenheit des Mitglieds der Fraktion der F.D.P. und des Mitglieds der Gruppe der PDS empfohlen, den Antrag abzulehnen.

- c) Zum Antrag der Abgeordneten Margareta Wolf, Simone Probst, Christine Scheel und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 13/2436 – hat der Rechtsausschuß in seiner Sitzung vom 25. Oktober 1995 einvernehmlich beschlossen, auf die Abgabe einer Stellungnahme zu verzichten.

Der Finanzausschuß hat in seiner Sitzung vom 11. Oktober 1995 dem federführenden Ausschuß mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD und Abwesenheit der Gruppe der PDS empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung hat in seiner Sitzung vom 25. Oktober 1995 mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS bei Stimmenthaltung der Mitglieder der Fraktion der SPD empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der Ausschuß für Verkehr empfahl dem federführenden Ausschuß für Wirtschaft mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen diejenigen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS bei Enthaltung der Fraktion der SPD, dem Plenum die Ablehnung des Antrags vorzuschlagen.

Der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat die Vorlage in seiner Sitzung am 22. November 1995 beraten und bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD mehrheitlich abgelehnt.

Der Ausschuß für Post und Telekommunikation hat in seiner Sitzung vom 25. Oktober 1995 den o. g. Antrag beraten und gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und gegen die Stimme des Vertreters der Gruppe der PDS abgelehnt.

Der Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau empfahl mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD und der Gruppe der PDS, den o. g. Antrag abzulehnen.

Der Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung hat den o. g. Antrag in seiner Sitzung am 11. Oktober 1995 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der

Gruppe der PDS bei Enthaltung der Stimmen der Fraktion der SPD abgelehnt.

Der Ausschuß für Fremdenverkehr und Tourismus hat den Antrag in seiner Sitzung vom 11. Oktober 1995 gutachtlich beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktion der CDU/CSU gegen die Stimme des Mitglieds der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Mitglieder der Fraktion der SPD bei Abwesenheit des Mitglieds der Fraktion der F.D.P. und des Mitglieds der Gruppe der PDS, den Antrag abzulehnen.

- d) Zum Antrag der Abgeordneten Wolfgang Bierstedt, Dr. Christa Luft und der Gruppe der PDS – Drucksache 13/2095 – hat der Haushaltsausschuß in seiner Sitzung am 25. Oktober 1995 dem federführenden Ausschuß mehrheitlich empfohlen, den Antrag abzulehnen. Der Beschluß wurde mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und den Stimmen der Fraktion der SPD bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimme der Gruppe der PDS gefaßt.

Der Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung hat in seiner Sitzung am 11. Oktober 1995 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der antragstellenden Gruppe bei Enthaltung der Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Antrag abgelehnt.

III.

Die Koalitionsfraktionen fordern in ihrem Antrag die Bundesregierung auf, ihre Mittelstandspolitik fortzuführen, zu stärken und effizienter auszugestalten. Im einzelnen wird gefordert, die Steuer- und Abgabenquote zu senken, den Generationswechsel zu bewältigen, um neue Arbeitsplätze zu schaffen, mittelstandshemmende Subventions- und Förderpraktiken in der EU zu ändern und unnötige Vorschriften abzubauen, monopolistischen Strukturen entgegenzuwirken, den Mittelstand an öffentlichen Aufträgen zu beteiligen und ihn von bürokratischen Regelungen auf allen staatlichen Ebenen zu entlasten, den Zugang zu Risiko- und Beteiligungskapital zu erleichtern, das Konzept zur Gleichstellung von beruflicher und allgemeiner Bildung umzusetzen, die Außenwirtschaftsförderung gezielt fortzuführen und den Mittelstand in den neuen Ländern weiterhin aufzubauen.

Die Fraktion der SPD fordert in ihrem Antrag die Bundesregierung auf, ihre Mittelstandspolitik neu auszurichten. Die Eigeninitiative der mittelständischen Unternehmen soll angeregt und ihre Leistungsfähigkeit gesteigert werden. Der Gesetzentwurf zur beruflichen Aufstiegsfortbildung sei hierzu ungeeignet. Der Zugang der mittelständischen Wirtschaft zum Risikokapital sei zu verbessern, die Rahmenbedingungen der Mittelstandspolitik seien insgesamt mittelstandsfreundlicher zu gestalten.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordert in ihrem Antrag ein umfassendes Mittelstandskonzept, um „zukunftsfähige“ Strukturen und damit neue Arbeitsplätze zu schaffen. Dieses Konzept müsse dem Prinzip der Nachhaltigkeit des Wirtschaftens verpflichtet sein und Konzentrationstendenzen, insbesondere in der Energiewirtschaft, entgegenwirken.

Die Gruppe der PDS konzentriert sich in ihrem Antrag auf die kleinen und mittleren Unternehmen in den neuen Ländern. Dort müsse die Markteinführung neuer Produkte unterstützt und das Eigenkapitalhilfe-Programm des Bundes speziell für diese Ziele aufgestockt werden.

Die Anträge wurden in der 18. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft am 22. November 1995 abschließend beraten.

Im Rahmen der Ausschußberatungen wurde mehrfach festgestellt, daß über die grundlegenden Zielsetzungen der Mittelstandsförderung Einigkeit bestehe. Unterschiede bestünden lediglich hinsichtlich der einzusetzenden Mittel. Kontrovers wurden insbesondere die Möglichkeiten zur Verfügbarmachung von Risikokapital und der Vorgehensweise bei Liquiditätsengpässen mittelständischer Unternehmen vor allem in Ostdeutschland erörtert.

Der Ausschuß beschloß mehrheitlich, dem Deutschen Bundestag die Annahme des Antrags der Fraktion der CDU/CSU und F.D.P. – Drucksache 13/2344 – zu empfehlen und im ersten Absatz dieses Antrags nach Satz 1 folgenden Satz einzufügen: „Auch gesellschaftspolitisch ist es wichtig, daß in der Wirtschaft eine möglichst große Zahl von selbständigen und eigenverantwortlich handelnden Persönlichkeiten tätig ist.“

Der Beschluß wurde mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS gefaßt.

Der Ausschuß beschloß mehrheitlich, den Antrag der Fraktion der SPD – Drucksache 13/2363 – abzulehnen.

Der Beschluß wurde mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe der PDS gefaßt.

Der Ausschuß beschloß mehrheitlich, den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 13/2436 – abzulehnen.

Der Beschluß wurde mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe der PDS gefaßt.

Der Ausschuß beschloß mehrheitlich, den Antrag der Gruppe der PDS – Drucksache 13/2095 – abzulehnen.

Der Beschluß wurde mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Gruppe der PDS bei Stimmenthaltung der Mitglieder der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gefaßt.

Bonn, den 22. November 1995

Christian Müller (Zittau)

Berichterstatter

